

# Presse-Berichte



Donnerstag, 3. März 2017

NRZ Mülheim

## Gutachter liefern 115 Sparideen

Gemeindeprüfungsanstalt untersuchte ein Jahr die städtische Verwaltung. 18 Millionen Euro könnte die Stadt am Ende eines Jahres mehr in der Kasse haben

Von Andreas Heinrich  
und Philipp Ortmann

Die Aufgabe der vier Stadtteilbibliotheken brächte 590 000 Euro, die Kürzung der freiwilligen Zuschüsse an die freien Träger der Jugendhilfe würde 300 000 Euro im Jahr sparen, eine Personalreduzierung für Bußgeldverfahren 200 000 Euro – 115 Vorschläge haben Gutachter der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) der Stadt jetzt gemacht, um Geld zu sparen oder mehr einzunehmen. Rund 18 Millionen Euro könnte Mülheim danach am Ende eines Jahres mehr in der Kasse haben, in der 1,6 Milliarden Euro fehlen.

„Wir sehen in der Stadt noch viel Luft nach oben“, erklärte Christoph Gusovius, stellvertretender Präsident der GPA. Landauf, landab hat die Prüfungsanstalt des Landes Kommunen beraten, um Schulden abbauen und das Leben in der Stadt gestalten zu können. Für insgesamt 9,6 Millionen Euro muss die Stadt Mülheim noch Einsparvorschläge finden, damit im Jahr 2022 Einnahmen und Ausgaben erstmals wieder deckungsgleich sind. Sollte die Stadt ab diesem Jahr vom Stärkungspakt des Landes profitieren, muss der Ausgleich sogar schon 2020 erreicht werden.

„Wir werden dieses Jahr nutzen, um all die Vorschläge zu prüfen: Was lässt sich in Mülheim umsetzen“, sagt OB Ulrich Scholten, der

einen breiten Konsens mit der Politik erzielen will. Stadtdirektor Frank Steinfort weist darauf hin, dass viele Vorschläge auch mitbestimmungspflichtig sind. Fest steht: „Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben“, so Scholten.

In Interviews mit den Amtsleitern sind die Prüfer 42 Bereiche der Stadtverwaltung durchgegangen. „Wir haben gefragt, ob die Aufgabe eigentlich noch notwendig ist, ob wir Standards verändern sollten, ob es Schnittmengen gibt, ob Prozesse verändert werden könnten“, sagt Prüfer Manfred Wiethoff. Auffallend sei, so Gusovius, dass sich

Mülheim in einigen Bereichen vergleichsweise hohe Standards leiste. Zum Beispiel im Offenen Ganztag und bei den Kita-Beiträgen, die vergleichsweise gering seien.

Die GPA sieht nun die Politik am Zug: „Die Politiker können nicht länger sagen, alle Bereiche sind uns gleich wichtig“, betont Gusovius. „Wer Prioritäten setzt, muss auch festlegen, wo was nicht mehr gemacht wird.“ Generell, so Gusovius, „ist das Finden von politischen Mehrheiten für die Konsolidierung in Mülheim nicht sonderlich ausgeprägt“. Auch der OB übte Kritik und äußerte sich enttäuscht, dass

in der letzten Sitzung der Lenkungsgruppe Finanzen, die aus Ratsparteien und -mitgliedern besteht, von 16 Mitgliedern nur sieben anwesend waren. Die Botschaft: Jeder wird gefordert sein, um aus dem Vorschlagskatalog die realistischen Einsparpotenziale zu finden. Realistisch deshalb, weil die Prüfer rein finanzwirtschaftlich vorgegangen sind und sich nur die Ersparnis angeschaut haben, nicht aber die Wirkung, die eine Schließung oder Kürzung entfalten würde. Etwa, wenn sich die Politik dem Vorschlag anschließt, 600 000 Euro im Kulturangebot zu kürzen, das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ ganz zu streichen, die Geschwisterermäßigung bei den Kita-Gebühren aufzuheben.

Hohe Summen ließen sich erzielen, wenn etwa das Kunstmuseum ganz aufgegeben würde. Das schließe mit acht Millionen zu Buche. Dass es dafür eine Mehrheit gibt, ist gleichwohl nicht zu erwarten. 7,5 Millionen brächten Grundstücksverkäufe ein. Dies wären Summen, die noch über die 18 Millionen aus den 115 Vorschlägen hinaus erzielt werden könnten.

Dass nicht alles in der Liste umsetzungsfähig ist, wissen die Prüfer. Sie wollen das auch gar nicht. „Wir wollen keineswegs einen Kahl-schlag“, so Manfred Wiethoff, „aber es geht um Komfortverzicht.“ Und der werde in der Stadt auch zu spüren sein.

KLARTEXT

Philipp Ortmann



### Geschlossenheit ist gefragt

Es wird spannend zu beobachten sein, wie sich ein kleinteiliger Rat mit vielen Einzelinteressen einem großen Ziel unterordnen kann. Nichts anderes ist hier jetzt gefragt. Denn eines muss allen Politikern klar sein: Eine irgendwie geartete Zwei-Stimmen-Mehrheit wird nicht ausreichen, um in der Mülheimer Bevölkerung das Verständnis für Einsparungen zu wecken, die deutlich zu spüren sein werden. Es geht schlicht um Geschlossenheit. Und die wird am besten erreicht, wenn sich jeder

einbringt, Vorschläge liefert, die Argumente des anderen hört, sie abwägt und zu einer großen gesamten Entscheidung destilliert, mit der - zumindest fast - alle leben können. Als Vorbild sei hier der Beschluss zur Unterbringung der Flüchtlinge in der Stadt genannt. Eine große Rolle wird auch der Lenkungsgruppe Finanzen zukommen. Allerdings nur dann, wenn in Zukunft mehr als nur sieben von insgesamt 16 Mitgliedern teilnehmen. Auch das zeigt Geschlossenheit.



Spar- und Einnahmenvorschläge der Gutachter: Preiswerteres Bad, weniger Bibliotheken, weniger Kulturangebote, höhere Kita-Beiträge.

FOTO: MÜLLER/ BÖGEHOLZ

WAZ Mülheim

# Gutachter liefern 115 Sparideen

Gemeindeprüfungsanstalt untersuchte ein Jahr die städtische Verwaltung. 18 Millionen Euro könnte die Stadt am Ende eines Jahres mehr in der Kasse haben

Von Andreas Heinrich

Die Aufgabe der vier Stadtteilbibliotheken brächte 590 000 Euro, die Kürzung der freiwilligen Zuschüsse an die freien Träger der Jugendhilfe würde 300 000 Euro im Jahr sparen, eine Personalreduzierung für Bußgeldverfahren 200 000 Euro – 115 Vorschläge haben Gutachter der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) der Stadt Mülheim jetzt gemacht, um Geld zu sparen oder mehr einzunehmen. Rund 18 Millionen Euro könnte die Stadt danach am Ende eines Jahres mehr in der Kasse haben, in der 1,6 Milliarden Euro fehlen.

„Wir sehen bei der Stadt Mülheim noch viel Luft nach oben“, erklärte Christoph Gusovius, stellvertretender Präsident der GPA. Landauf, landab hat die Prüfungsanstalt des Landes Kommunen beraten, damit diese ihre Schulden abbauen und wieder das Leben in der Stadt gestalten können. Für 9,6 Millionen Euro muss die Stadt Mülheim noch Einsparvorschläge finden, damit im Jahr 2022 Einnahmen und Ausgaben erstmals wieder deckungsgleich sind. Sollte die Stadt ab diesem Jahr vom Stärkungspakt des Landes profitieren, muss der Ausgleich sogar schon 2020 erreicht werden.

„Wir werden dieses Jahr nutzen,

um all die Vorschläge zu prüfen: Was lässt sich in Mülheim umsetzen“, sagt OB Ulrich Scholten, der einen breiten Konsens mit der Politik erzielen will. Stadtdirektor Frank Steinfurt weist darauf hin, dass viele Vorschläge auch mitbestimmungspflichtig sind. Fest steht: „Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben“, so Scholten.

In Dialogen mit den Amtsleitern sind die Prüfer 42 Bereiche der Stadtverwaltung durchgegangen. „Wir haben gefragt, ob die Aufgabe

eigentlich noch notwendig ist, ob wir Standards verändern sollten, ob es Schnittmengen gibt, ob Prozesse verändert werden könnten“, berichtet Prüfer Manfred Wiethoff. Auffallend sei, so Gusovius, dass sich die Stadt Mülheim im Vergleich der Städte in einigen Bereichen sehr hohe Standards leistet. Er nennt dabei die personelle Ausstattung des Offenen Ganztags. Und: Wieder im Vergleich erhebe Mülheim sehr geringe Elternbeiträge für die Betreuung in Kitas.

Die Gemeindeprüfungsanstalt sieht die Politik am Zug: „Die Politiker können nicht länger sagen, alle Bereiche sind uns gleich wichtig“, betont Gusovius. Doch gerade das geschehe aus seiner Sicht in Mülheim oft. „Wer Prioritäten setzt, muss auch festlegen, wo was nicht mehr gemacht wird.“

Die Prüfer sind rein finanzwirtschaftlich vorgegangen. „Wir wollen keineswegs einen Kahlschlag. Es geht um Komfortverzicht“, so Wiethoff. Der würde allerdings zu spüren sein. Etwa, wenn sich die Politik dem Vorschlag anschließt, 600 000 Euro im Kulturangebot zu kürzen, das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ ganz zu streichen, die Geschwisterermäßigung bei den Kita-Gebühren aufzuheben. Es geht auch um technische Verbesserungen: Die LED-Ausstattung der Turnhallen etwa brächte im Jahr gut 330 000 Euro ein.

Hohe Summen ließen sich erzielen, wenn etwa das Kunstmuseum ganz aufgegeben würde. Das schläge mit acht Millionen zu Buche. 7,5 Millionen brächten Grundstücksverkäufe ein. Das wären Summen, die noch über die 18 Millionen aus den 115 Vorschlägen hinaus erzielt werden könnten. „Wir wissen, dass Politik lieber hinget und Steuern erhöht“, sagen die Gutachter. Doch das schlagen sie nicht vor.

## KOMMENTAR

Von Andreas Heinrich

### Ein Angebot zur Selbsthilfe



Natürlich wird es keine Mehrheit in der Stadt dafür geben, das Kunstmuseum zu schließen. Und noch manch andere Idee aus der Feder der Gutachter wird vor Ort keine Chance haben, weil es im Alltag nicht geht, weil es personell nicht umsetzbar ist, weil die Stadt ihre Schwerpunkte setzt. Die Gutachter haben nicht den großen Wurf geliefert. Das war auch nicht zu erwarten. Sie liefern aber reichlich Stoff, und da ist einiges – auch Bekanntes – dabei, was in der Mülheimer Misere helfen kann.

Die Politik wird sich dem nicht verweigern können. Denn erstens stehen keine kommunalen Wahlen an. Zweitens hat sie den externen Fachblick beschlossen. Drittens zeigen die Prüfer auf, dass das Bestreben, es allen recht zu machen und zugleich zu sparen, zwar im Rathaus stark ausgeprägt ist, aber nicht zum Ziel führt. Und viertens glaubt kaum ein Bürger noch daran, dass die Mülheimer Finanzpolitik bei allen lokalen Therapieversuchen in bisheriger Form zur Gesundheit führt.



**LOKALNACHRICHTEN**

02.03.2017 06:00

**Mülheim hat großes Sparpotential - Das ist das Ergebnis der Gemeindeprüfungsanstalt NRW nach zwölfmonatigen Untersuchungen im Rathaus.**



- Foto: Thorsten Krappa

Mülheim hat großes Sparpotential. Das hat jetzt die Gemeindeprüfungsanstalt NRW rausgefunden. Sie hat im Rathaus ein Jahr lang die Strukturen, Arbeitsabläufe und Finanzen der Stadtverwaltung untersucht.

Insgesamt mindestens 16 Millionen Euro könnte die Stadt einsparen. Das zeigt das Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt. 115 Sparvorschläge liegen vor. Sie ziehen sich durch fast alle Bereiche. Die Experten schlagen zum Beispiel vor, die Zuschüsse für das Naturbad Styrum zu streichen - auch wenn das das Aus für das Schwimmbad bedeuten würde. Auch die Offene Ganztagsbetreuung an den Schulen soll weniger Geld bekommen. Damit könnte die Stadt mehrere Millionen Euro einsparen. Die Gutachter empfehlen außerdem das Kunstmuseum und mehrere Spielplätze zu schließen. Die Stadt will jetzt alle Vorschläge prüfen und in den nächsten Monaten entscheiden, welche sie umsetzt. Mülheim muss bis Ende des Jahres fast zehn Millionen Euro einsparen.

**SIE HÖREN**

Mail ins Studio Webradio



**Radio Mülheim am Morgen**  
 mit Stefan Falkenberg

**RADIO SPARBOX**



MAI 2017  
**VAWEST MARATHON**

VAWEST-Marathon



21  
 VI

VI

**WERBUNG IM RADIO**



Wir bringen Sie in die Ohren Ihrer Kunden. Alle Infos zur Radiowerbung finden Sie auf [westfunk.de](http://westfunk.de).

**HEIRATEN IM POTT**

